



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF • AUSGABE 01/2020



BEZIRKSVERBAND
CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Fotos 1, 2: adobe.stock.com

Aufgeben ist keine Option

Covid-19 und kein Ende

Seite 3



Editorial

von Dr. Hugh Bronson



Liebe Charlottenburger,
Liebe Wilmersdorfer,

hiermit bekommen Sie die neue Ausgabe des Blauen Boten – die AfD-Zeitung für unseren Bezirk. Wir berichten über aktuelle Themen in unserem Teil Berlins und zeigen konservative Alternativen für bestehende Herausforderungen auf. Der Erhalt einer lebenswerten Stadt besitzt Priorität. Berlin darf nicht weiter zum Experimentierfeld rotrotgrüner Klientelpolitik verkommen.

Überall häufen sich fehlgeleitete Entwicklungen, die uns Berlinern seit Jahren große Sorgen bereiten. So soll der umstrittene sog. Thaimarkt im Preußenpark nun legalisiert werden – und der ganze Park entsprechend angepasst. Und wer sich den verschleppten Umbau des Olivaer Platzes anschaut, der darf sich auch beim Preußenpark auf ein weiteres öffentliches Langzeitprojekt einstellen. Ausgang ungewiss.

Wesentlich mehr Tempo legt der Senat beim Bau der beiden sog. Modularen Unterkünfte für Flüchtlinge vor: Für stolze 23,3 Millionen Euro werden sie, trotz starker Bürgerproteste, in der Brabanter Straße und in der Fritz-Wildung-Straße errichtet. Seine Lieblingsprojekte hat Rotrotgrün schon immer in Rekordzeit umgesetzt – und trotz klammer Kassen keine Ausgaben dabei gescheut.

Steuerzahler als Melkkuh politischer Ideologien? Wir halten dagegen! Eine spannende Lektüre wünscht

IHR DR. HUGH BRONSON
SPRECHER DER AfD
CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Das Leid der Anderen stört

Fehlende Gedenkkultur

Seite 6



AfD im Super-Wahljahr 2021

Alexander Gauland im Gespräch

Seite 4



Brandbeschleuniger Corona in Berlin

Das öffentliche Leben im Würgegriff einer „zweiten Welle“



Bäckerhandwerk im Kampf gegen Corona, gesehen auf dem Wochenmarkt Karl-August-Platz.

Corona ist allgegenwärtig. Die Überreaktionen auf das Infektionsrisiko gefährden die Wirtschaft und bedrohen den sozialen Frieden. Ob Mietendeckel oder Anti-Diskriminierungsgesetz, ob marode Schulen und das drei Milliarden teure Diesel-Aus für Busse, die erratische Politik von Rotrotgrün lässt Corona eher als Brandbeschleuniger und nicht als Ursache des täglichen Überlebenskampfs vieler Berliner aussehen. Das zeigt sich auch in unserem Bezirk, dessen traditionelle Prosperität auch dieser Krise noch trotzen kann. Wenn nur die politischen Entscheidungen von Rotrotgrün die richtigen wären!

Zwischen dieser Ausgabe des Blauen Boten und der ersten im Sommer letzten Jahres scheinen Welten zu liegen. Oder auch nicht. Denn wenn uns das Coronavirus oder COVID-19 eines gezeigt hat, dann, dass kleine Risse stetig größer und bestehende Kluft immer tiefer werden. Für viele

Menschen hat sich ihr Leben seit Ausbruch der Pandemie schlagartig geändert. Aber nicht für alle, wie FDP-Chef Christian Lindner und weitere feiernde Prominente im Edel-Restaurant „Borchards“ abstandslos bewiesen: Man umarmte sich rege und ignorierte die den Berlinern auferlegten Regeln für sicheren Abstand, wie sie auch bei den Demonstrationen „Black Lives Matter“ keine Rolle mehr zu spielen scheinen.

Die erratische Politik von Rotrotgrün lässt Corona eher als Brandbeschleuniger und nicht als Ursache des täglichen Überlebenskampfs vieler Berliner aussehen.

Gilt Mindestabstand und Maskenpflicht nur für Otto Normalverbraucher?

WEITER AUF SEITE 2

Alle Fotos: Hugh Bronson

VERBLASSENDE VORBILDER

Hatten Politiker nicht einst eine Vorbildfunktion? Falls davon noch etwas übrig sein sollte – und das glauben die Wenigsten – so erodiert dieser Rest auf allen Ebenen ganz rapide. Wie sorglos manche Mandatsträger mit der von ihnen behaupteten omnipräsenen Gefahr einer tödlichen Infektion umgehen, zeigt auch Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann: Laut einem Bericht im Berliner "Tagesspiegel" verbrachte er trotz bestehender Reisewarnung einen Kurzurlaub in Schweden und ignorierte die somit verordnete zweiwöchige Quarantäne. Naumanns Begründung: Die Amtsärztin des Bezirks habe sein Angebot akzeptiert, stattdessen eine Woche ins „Home Office“ zu gehen. Bonum relationes. Wir lernen hier: Die Corona-Verordnung ist verhandelbar, zumindest für unseren Bezirksbürgermeister. Wer meint, dieser Mann sei angezählt und übe sich in Demut, der irrt gewaltig.

Lindner, Naumann & Co. fallen nicht nur den Beamten, sondern jedem Menschen in den Rücken. Wer alleine ist, wird auch weiterhin allein gelassen.

LERNFÄHIGES VIRUS

So fehlte Naumann eine Woche zuvor bei einem wichtigen Termin der BVV im Rathaus, feierte abends aber fröhlich mit Freunden in einem Lokal seinen zehnten Hochzeitstag. Tags darauf besuchte er den Wochenmarkt am Karl-August-Platz. Reinhard Naumanns Erklärung dazu: Außerhalb seiner Dienstzeit sei er „Privatmann“ und nicht Bürgermeister. Dadurch bekommen wir eine weitere Erkenntnis über Corona: Der Erreger vermag strikt zwischen Dienstlichem und Privaten zu trennen, jedenfalls bei Naumann. Somit zeigt sich das Virus lernfähig, ganz im Gegensatz zu einigen Politikern.

ALLSEITS ALLEIN

Dass es Berliner Polizeibeamte bei der Kontrolle zur Einhaltung der Corona-Regeln mit dem Anti-Diskriminierungsgesetz im Gepäck eh nicht einfach haben – geschenkt. Doch wenn privilegierte Politiker weiter feiern, während andernorts Eckneipen, Restaurants und viele Kleinunternehmen mangels Lobby schließen müssen, ja, wenn Berliner zeitweise nicht einmal in andere Bundesländer fahren dürfen, während die Promis ins Ausland jetten, Klimanotstand hin oder her, dann fallen Lindner, Naumann



Eigenwilliger Protest gegen die Corona-Verordnungen der Regierung: Zwei Plakate auf der Großveranstaltung am 29. August in Berlin.

& Co. nicht nur den Beamten, sondern jedem Menschen in den Rücken. Wer alleine ist, wird auch weiterhin allein gelassen.

ALBTRAUM WOHNRAUM

Allein bleiben auch die Wohnungssuchenden der Bundeshauptstadt. Der Mieten-deckel des Senats, mit sozialistischer Romantik entfacht, trat vor über einem halben Jahr in Kraft.

Laut einer Analyse der FAZ hat sich die Zahl der Anfragen pro Wohnungsinserat innerhalb dieses Jahres mehr als verdreifacht.

Laut einer Analyse der FAZ hat sich die Zahl der Anfragen pro Wohnungsinserat innerhalb dieses Jahres mehr als verdreifacht. Die Wohnungssuche gerade in Berlin mutiert zur erfolglosen Odyssee. Das Marktgesezt von Angebot und Nachfrage löst man nicht, das hat einst die DDR bewiesen, indem man Preise manipuliert. Sondern indem man Angebote schafft, solange die Nachfrage hoch bleibt. Doch wieso sollte Rotrotgrün auch

Wohnungen bauen, wenn das Geld für Rückverstaatlichung privatisierter Wohnungsanlagen bereits verballert worden ist, ohne auch nur eine einzige neue Wohnung finanziert zu haben?

Die Rufe nach sozialem Wohnungsbau verhallen in den oberen Regierungsetagen ebenso ungehört wie die verstummen Singvögel am Olivaer Platz, deren Nistplätze im fast entbaumten Stadtpark verschwunden sind. Auch eine Leistung der Grünen: Seit ihr Bezirkstadtrat Schruoffenegger im Amt ist, gibt es im Bezirk 2000 Bäume weniger. Der schlechende Zerfall des immer noch stolzen und mittlerweile denkmalgeschützten ICC lässt vergessen, wofür Berlin, besonders Charlottenburg-Wilmersdorf als der alte Westen, einmal stand: Für Wagemut und Moderne, Handel und Aufbruch, Tradition und Werte. Heute ist Leerstand und die benachbarten Messehallen fungieren als leeres Corona-Krankenlager für 43 Millionen Euro, das nie gebraucht wurde und das auch niemand mehr will.

Wir müssen von der Ohnmacht, der blinden Reaktion wieder in die Aktion, in die Kontrolle gelangen – Strategien zur Aktivierung helfender Ideen haben wir schon.

ANPACKEN - AUFBAUEN

Orientierung gibt Halt, liefert Standpunkte, weist Ziele. Berufshedonisten vom Schlag Lindners, Naumanns & Co aber folgen Tagesmoden. Ihre Orientierung ist die Politkarriere. Das mag legitim sein, ist aber irrelevant. Die AfD-Fraktionen in allen Berliner Parlamenten werden zur Eindämmung von Corona-Pandemie und dem wirtschaftlichen Konjunktur-Knick sicher keine „Kaninchen aus dem Hut zaubern“, doch Strategien zur Aktivierung helfender Ideen haben wir schon.

Und die möchten wir Ihnen im Vorfeld des Wahlherbstes 2021 zeigen, denn wir müssen von der Ohnmacht, der blinden Reaktion wieder in die Aktion, in die Kontrolle gelangen. Stärke ist nicht, zu feiern, wenn es gut geht, sondern Hilfe zu leisten, wenn Not herrscht. Anpacken, Trümmer beseitigen, aufbauen! Das ist Teil der Berliner Tradition. Neidlos, beherzt und solidarisch. Trotz Corona! Das steht im Zentrum der Berliner AfD-Strategie.

~ HUGH BRONSON





Keine moderne Kunst: Der Fahrer dieses M29 zum Hermannplatz ist, wie in allen Bussen der BVG, von den Fahrgästen isoliert.



Plakat am S-Bahnhof Halensee. Viele Menschen haben wegen der rigorosen Corona-Maßnahmen verstärkt mit persönlichen Problemen zu kämpfen – durch Isolation, Existenzängste, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Insolvenz.



Die AHA Kampagne ist überall, in Zeitungen und im Stadtbild. Der Mundschutz heißt „Alltagsmaske“, damit wir uns schneller an diesen neuen „Alltag“ gewöhnen.



Gewinnt diese Reinigung in der Westfälischen Straße den Kampf gegen Corona?



Großbildschirm in der Joachimsthaler Straße: Den Menschen wird Angst gemacht. In seiner Angst ist der Mensch auch am leichtesten zu lenken...



Lange Schlangen vor Netto in der Heilbronner Straße, aber das heißbegehrte Klopapier gab es nicht einmal mehr im Lager.

Eskalation abgewendet? Die AfD vor dem Super-Wahljahr 2021

Alexander Gauland im Gespräch

Wie schätzen Sie die Lage der Partei ein Jahr vor Beginn der heißen Wahlkampfphase für die Bundestagswahl 2021 ein?

Hoffnungslos, aber nicht ernst, aber ich möchte meinen Humor nicht verlieren. Aber im Ernst: Ja, die Partei befindet sich in heftigen Turbulenzen und das geht über den gärrigen Haufen weit hinaus. Die allermeisten Wähler schätzen einen nach außen getragenen Parteienstreit überhaupt nicht. Das hat man lange bei den Grünen gesehen mit ihren Richtungskämpfen und auch bei den inzwischen in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Piraten. In der Partei müssen sich alle am Riemen reißen und ihre Alleingänge beenden.

Wenn wir geschlossen mit unserem bürgerlichen Reformprogramm auftreten, dann ist mir um einen Wahlerfolg 2021 nicht bange.

„Ja, die Partei befindet sich in heftigen Turbulenzen und das geht über den gärrigen Haufen weit hinaus.“

Corona und die Folgen beschäftigen viele Menschen. Welche Antworten gibt die AfD?

Die weitere Lockerung der Corona-Maßnahmen ist nicht nur wirtschaftlich geboten, sondern auch gesundheitlich. Die Bürger haben bewiesen, dass sie verantwortlich mit der Situation umgehen.

Als AfD setzen wir auf den mündigen Bürger, der weiß, was er tut. Frau Merkel muss mir nicht erklären, ob und wie ich Vorräte anlegen soll oder über die Grundlagen der Hygiene belehrt zu werden. Wir haben als erste Fraktion im Bundestag die aus unserer Sicht übertriebenen Vorschriften und den Lockdown kritisiert. Einen zweiten dürfen wir zum Wohle von Bürgern und Wirtschaft nicht zulassen – auch wenn es keinen Impfstoff geben wird.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen kommen noch und es droht eine Generation Corona: mit schlechter Bildung, geschrumpften Ausbildungsplätzen und erhöhter Jugendarbeitslosigkeit.

Schauen Sie in Ihren eigenen Bezirk, mir ist zu Ohren gekommen, dass kleine Einzelhändler und Lokale bereits aufgeben mussten.

Wie kann es konkret künftig besser gehen?

Länder wie Schweden, Südkorea oder Taiwan sind auch ohne Lockdown durch die Krise gekommen.

„Der Klimakampf kommt über die Corona-Hintertür zurück.“

Nicht das Einsperren der gesamten Bevölkerung ist die Lösung, sondern der Schutz der Risikogruppen. Und wenn am selben Tag Bayern verkündet, das Oktoberfest werde ausfallen, und Berlin ankündigt, das Demonstrationsverbot für den 1. Mai zu lockern, entsteht völlig zurecht der Eindruck eines widersprüchlichen Flickenteppichs im Land.

Seit Juli hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft bis Ende des Jahres inne. Was erwarten Sie sich?

Da werfe ich nochmal den Blick auf Corona, denn da hat die EU viele Erwartungen enttäuscht, insbesondere von jenen, die an eine starke EU glauben. Das Virus hat ihr aber eine Lektion erteilt, es hat der Union buchstäblich ihre Grenzen aufgezeigt.

„Als AfD haben wir von der deutschen Ratspräsidentschaft nicht viel zu erwarten.“

In der Krise ziehen sich die Menschen in ihre vertrauten Strukturen zurück. Das ist im Kleinen die Familie, im Großen der Nationalstaat. Als AfD haben wir von der deutschen Ratspräsidentschaft nicht viel zu erwarten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Plan Merkels und Macrons mit den Wiederaufbauhilfen wegen Corona aufgeht.



**Dr. Alexander Gauland MdB,
Vorsitzender der AfD-Fraktion im
Deutschen Bundestag**

Zu befürchten ist aber, dass es eine Fixierung von EU-Kommission und Bundesregierung auf „grüne Phantastereien“ geben wird. Der Klimakampf kommt über die Corona-Hintertür zurück. Hinzu kommt der grundlegende Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der genauso falsch ist, wie die Tendenz, weitere Befugnisse auf die europäische Ebene zu übertragen.

„Die AfD hat das Potenzial zur Volkspartei.“

Die Debatte um die politische Ausrichtung in der Partei manifestiert sich an den Gegenpolen Andreas Kalbitz bzw. Björn Höcke und Jörg Meuthen. Wie sehen Sie die Zukunft der AfD als Volkspartei?

Die AfD hat das Potenzial zur Volkspartei, das wissen wir aus Analysen. Wir brauchen dafür jedoch Einigkeit und keinen internen Kampf bis aufs Messer. Wie alle anderen Parteien, hat auch die AfD verschiedene Strömungen. Damit können wir verschiedene Wähler ansprechen, die wie wir alle eines wollen: Deutschland erneuern und retten.

Wer führt die AfD in den Bundestagswahlkampf 2021?

Wenn ich das wüsste. Aber es ist nicht ganz auszuschließen, dass es wieder eine kompetente Doppelspitze sein könnte.

~ DAS GESPRÄCH FÜR DEN BLAUEN BOTEN
FÜHRTE STEFFEN WESTERMANN



AUS DEM RATHAUS

NACHRICHTEN AUS DER AFD-FRAKTION IN DER
BVV CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF 01/2020



BVV-FRAKTION
CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF



Foto: Maria Morris

Die Baustelle in der Brabanter Straße für die neue „Modulare Flüchtlingsunterkunft“

Neue Flüchtlingsunterkünfte Sorgen und Nöte der Bürger

Der rot-rot-grüne Senat hat den Bezirken auferlegt, Grundstücke für sog. Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) bereitzustellen - insgesamt 25 neue Standorte.

Auch Charlottenburg-Wilmersdorf ist betroffen. Neben der Unterkunft in der Quedlinburger Straße wird es nun auch welche in der Brabanter Straße (ca. 200 Bewohner, Baukosten 13 Millionen Euro) und der Fritz-Wildung-Straße (ca. 160 Bewohner, Baukosten 10,3 Millionen Euro) geben. Es handelt sich hier nicht um temporäre Bauten, wie häufig suggeriert, sondern um Häuser mit einer geplanten Lebensdauer von bis zu 50 Jahren.

Die Bürger unseres Bezirks haben auch hier wieder das Nachsehen.

Wer wird in die Unterkünfte einziehen? Alleinstehende junge Männer? Abgelehnte Asylbewerber? Familien mit Kindern? Sollen außer Flüchtlingen auch andere Personen einziehen? Wie viele und wer sind diese? Die Sorgen der Anwohner sind berechtigt. Kommt es zu Ghettabildung und Verfall des gewohnten sozialen Umfelds? Kein Generalverdacht; jedoch belegen Kriminalstatistiken deutlich, dass die Kriminalitätsrate bei Migranten entschieden höher ist – gerade bei Gewaltverbrechen, Sexual- und Eigentumsdelikten. Kritiker des Bauvorhabens prangert man als „fremdenfeindlich“ und „Hetzer“ an. Die Anwohner werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine Informationsveranstaltung zur Unterkunft in der Brabanter Straße fand statt, nachdem bereits erste Bauar-

beiten begonnen hatten. Besonders ärgerlich: Pläne, auf dem Gelände in der Fritz-Wildung-Straße ein Gebäude für Kurzzeitpflege und dringend benötigte Wohnungen für Pflegepersonal zu errichten, können nun nicht verwirklicht werden. Die Bürger unseres Bezirks haben auch hier wieder das Nachsehen.

Das lassen wir uns nicht gefallen! Würde der Senat seinen Verpflichtungen nachkommen und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber abschieben, wären solche Unterkünfte gar nicht nötig. 13.400 vollziehbar Ausreisepflichtige gibt es in Berlin und über 47.500 abgelehnte Asylbewerber, die von Steuergeldern versorgt werden. Doch der Senat verweigert Abschiebungen. Er verstößt damit gegen geltendes Recht! Rechtsbruch als Staatsräson.

DIE AFD-FRAKTION IN DER BVV CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF FORDERT:

- Das Bezirksamt muss sich beim Senat für eine rechtskonforme Abschiebepolitik einsetzen!
- Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, sind umgehend abzuschieben!
- Asyl begründet nur einen Aufenthalt auf Zeit; wenn Fluchtgründe nicht mehr bestehen, müssen auch anerkannte Asylbewerber zurückkehren!
- Keine Migrantenunterkünfte gegen den Willen der Anwohner! Die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger müssen berücksichtigt werden!

Höchste Zeit, die Einwanderungspolitik zu ändern! Asyl- und Integrationsmaßnahmen müssen sich an geltendem Recht orientieren.
~ MS

Kontakt

AfD-Fraktion
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr Allee 100, 10585 Berlin
📞 030 9029 14916
✉️ fraktion-chwi@bvv.afd.berlin
💻 www.afd-fraktion-cw.de
🌐 facebook.com/afdfraktionchawi

Öffnungszeiten Bürgerbüro

Montag-Donnerstag
10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag
10:00 bis 12:30 Uhr
Raum 135
**Bitte telefonische
Anmeldung unter**
030 902 9149 16

Kommen Sie zur BVV!
Die Sitzungen der BVV sind öffentlich. Aufgrund von Corona müssen sich Besucher vorher anmelden!



Der ganze Sitzungskalender im Internet:

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/si010.asp>

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin **VERANTWORTLICH IM SINNEN DES PRESSERECHTS** Dr. Michael Seyfert/Markus Bösch **TELEFON** 030 9029 14916 **E-MAIL** fraktion-chwi@bvv.afd.berlin **Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.**



BLAUER BOTE



Rot-Grüne Kulturbabaren

Angriff auf Kunst, Tradition und Identität



Foto: Michael Suyfert

So sieht rot-grüne Kulturpolitik aus - Entfernung der Bodenplatte mit einem poetischen Vers des amerikanischen Dichters Ezra Pound auf dem Walter-Benjamin-Platz

Zwischen Leibniz- und Wielandstraße befinden sich die von Hans Kollhoff im neoklassizistischen Stil gestalteten Leibnizkolonnaden. Im Jahr 2000 erhielt der Platz den Namen Walter Benjamins, eines jüdischen Kulturtheoretikers, der vor den Nationalsozialisten fliehen mußte und sich im Exil das Leben nahm.

Auf dem Platz, von dessen späterem Namen der Architekt nichts wußte, installierte er eine Bodenplatte mit dem rätselhaften Satz:

Bei Usura hat keiner ein Haus von gutem Werkstein / die Quadern wohlbehauen, fügen recht, / dass die Stirnfläche sich zum Muster gliedert. Dies ist ein Zitat aus der fast tausendseitigen Gedichtsammlung *Cantos* von Ezra Pound (1885-1972), dem bedeutendsten amerikanischen Lyriker des 20. Jahrhunderts. Die rot-rot-grüne Zählgemeinschaft in der BVV setzte durch, diese Platte herauszureißen. Der Grund: Das Wort „Usura“

bedeutet im Italienischen Wucher und sei damit antisemitisch vergiftet, weil es an den Begriff „Wucherjuden“ erinnere.

LINKS-GRÜNE BILDERSTÜRMEREI

Ezra Pound, der lange in Italien lebte, war zwar ein Mussolini-Bewunderer, jedoch auch ein entschiedener Gegner Hitlers. Er hatte sich während der 1930er Jahre antisemitisch geäußert – was er später als den größten Fehler seines Lebens bezeichnete. Pounds weltberühmter Gedichtzyklus *The Cantos* ist ein Meisterwerk mit unzähligen Anleihen aus vielen Sprachen und Genres der Literatur- und Geistesgeschichte. Alles ist ineinander verschlungen und verdichtet sich zu einem einzigartigen Sprachkunstwerk.

Jedoch: Rot-Grüne Bilderstürmer stürzen sich auf ein einziges Wort, das auch ganz anders gedeutet werden kann. So wüten fanatische Kulturbabaren! ~ MS

POP-UPS – DER FALSCHÉ (RAD) WEG

Pop-Up-Radwege taugen nicht für ein neues Mobilitätskonzept. Hastig in Corona-Zeiten eingeführt, wurde vom Verwaltungsgericht nach Klage des AfD-Verkehrspolitikers Scholtysek ihre Entfernung angeordnet. Wegen des Parkens und durch Liefertätigkeiten bleibt es stets gefährlich, das Fahrrad zwischen fließendem und ruhendem Verkehr zu sortieren – gerade bei hohem Verkehrsaufkommen wie z.B. in der Kant-, Kaiser-Friedrich- und Konstanzer Straße. Das Problem wird nur durch Radwege auf dem oder direkt neben dem Bürgersteig gelöst. Muß man bei Platznot umsortieren, so braucht es auch Lieferzonen, Parkhäuser/-inseln sowie flankierend eine Steigerung im Verkehrsfluß, um bei weiterhin zunehmender Verkehrsbelastung unsere heutige Mobilität auch nur annähernd aufrecht zu erhalten. ~ JVEK

KLIMANOTSTAND? NEIN, DANKE!

Die Klimareligion beruft sich auf aberwitzige Befunde, die auf Modellen beruhen, die auf Prognosen basieren, denen Mutmaßungen zugrunde liegen, die auf Hypothesen fußen. In der Realität bedeutet die Ausrufung des Klimanotstands im Bezirk noch mehr Bürokratie, einhergehend mit Überwachung, Bevormundung und Gängelung der Bürger. Rot-Rot-Grün zeigt sein wahres Gesicht: Hinter der umweltfreundlichen Maske verbergen sich sozialistische Steuerungsdenkmodelle. Angesichts des Klimawandels brauchen wir aufgeklärte, (selbst-) verantwortlich handelnde Bürger, aber keine Rot-Grünen Fanatiker mit ihrer Klimascharia. ~ MS

zukunfts-musik im bürgерamt

Sabine D. sitzt im November 2020 in Charlottenburg abends gelangweilt vor dem Fernseher, in dem auf einem zwangsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Kanal die x-te Wiederholung einer angestaubten Serie über den Bildschirm flackert. Da fällt ihr ein, dass sie vor wenigen Tagen von ihrem Bürgeramt eine Mail mit dem Hinweis, ihr Personalausweis laufe in Kürze ab, erhalten hatte. Sie öffnet die Mail auf ihrem Laptop,

klickt den dort vorhandenen Link an und landet sofort auf der Webseite ihres Bürgeramtes, auf dem ihre persönlichen Angaben bereits voreingetragen sind. Per Mausklick bestätigt sie die Angaben, es öffnet sich ein Dialogfenster zur Entrichtung der Verwaltungsgebühr. Sie bestätigt die Angaben ihrer Kreditkarte. Ein weiteres Fenster erscheint. Sie wird gefragt, wohin sie den neuen Personalausweis – in frühestens zwei

Wochen – zugestellt haben möchte. Sie trägt den Freitag in drei Wochen zwischen 10 und 11 Uhr in ihrem Büro am Hohenzollerndamm ein und ist erleichtert, dass dann ein Kurier des Bürgeramtes ihr persönlich den Ausweis aushändigen wird. Sie muss nicht mehr extra ins Rathaus fahren, um ihn abzuholen. So komfortabel und bürgerfreundlich wünschen wir uns das Bürgeramt der Zukunft! ~ MB





Foto: stock.adobe.com, Sema

Vorbild Lenin: Denunziert wird alles, was nicht links ist

Sozialistische Blockwarste auf erbärmlichem Niveau

Das "Register Charlottenburg-Wilmersdorf" sammelt und wertet „extrem rechte und diskriminierende Vorfälle“ in Charlottenburg-Wilmersdorf aus. Herausgegeben wird das Register von der *Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken*.

Die jährlichen Registerberichte zeichnen sich vor allem durch mangelnde Differenzierung und Falschaussagen aus. Rechts, rechts-extrem, rechtsradikal - alles wird durcheinandergeworfen. Mit anderen Worten: Denunziert wird alles, was nicht links ist. Die sozialistische Blockwartmentalität ist nicht zu übersehen. Es werden Zeitschriftenhäuser, Vertriebe und Anwaltskanzleien der „Neuen Rechten“ zugeordnet, die damit gar nichts zu tun haben. Auch eine wissenschaftliche Einrichtung wird denunziert: Die Bibliothek des Konservatismus, die sich völlig ohne jede staatliche Zuwendung einen exzellenten internationalen Ruf als Forschungsstätte erworben hat.

Denunzierung und intellektuelle Vollverschleierung

Die Fraktion der AfD in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf taucht auch im aktuellen Registerbericht wieder auf. Wir sagen: Gerade anhand des Artikels über die AfD-Fraktion zeigt sich das erbärmliche Niveau des Registers: Unsere – von Millionen Menschen geteilte – Kritik an der illegalen kulturfremden Masseneinwanderung, der von Rechtsbrüchen gezeichneten Asylpolitik und deren Auswirkungen auch auf unseren Bezirk ist den Buntheitskommissaren der Falken natürlich ein Dorn im Auge - ebenso unsere Warnungen vor dem

radikalen politischen Islam, der mit unseren Grundrechten nicht vereinbar ist.

Ein Sammelsurium von Lügen und Unterstellungen

Zwar wird erwähnt, daß die AfD-Fraktion auch konstruktive Vorschläge, z.B. zur Verkehrspolitik, unterbreitet. Dies sei jedoch nur vorgeschoben, weil die AfD in der BVV sich in Wahrheit gegen die „offene Gesellschaft“ und demokratisches Engagement wende. So wird kritisiert, wir nähmen Anstoß an der Verletzung des Neutralitätsverbots in Schulen. In der Tat: Wir wollen keine „Lehrer mit Haltung“, die links-grüne Ideologie verbreiten, sondern welche, die ihren Schülern nahebringen, wie man Haltungen hinterfragt – und zwar Haltungen jeglicher Couleur. Auch der Registerbericht 2019 ist wieder ein Sammelsurium von Lügen und Unterstellungen. Die Genossen unterliegen ihrem Denunzierungszwang. Zur Schau gestellt wird ideologische und intellektuelle Vollverschleierung. Selbst das auf dem Kurfürstendamm aufgeführte Judenhasser-Festival Al-Quds-Marsch ist als „rechte Propaganda“ aufgelistet, obwohl dahinter islamische antisemitische Organisationen stecken. Und auch dies zeigt die Broschüre: Selbst armeligste Projekte wie das Register werden von einer Anti-Rechts-Industrie gefördert, die mit Steuermitteln regelrecht zugeschüttet wird. ~ MS

Links-Grüner Straßenkampf

Keine Änderungen traditioneller Straßennamen!

Bei Straßenumbenennungen tobt sich Links-Grün mittlerweile in ganz Berlin aus. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf. Im Stadtteil Grunewald soll die Wissmannstraße umbenannt werden. Begründung: Herrmann von Wissmann (1853 – 1905) sei ein „Kolonialverbrecher“ gewesen. Er war zeitweilig Gouverneur in Deutsch-Ostafrika, engagierte sich aber auch im deutschen Anti-Sklaverei-Komitee. Eine ambivalente historische Figur – wie so viele.

Die AfD-Fraktion hat nichts gegen historische Aufarbeitung. Umbenennungen traditioneller Straßennamen aus links-ideologischem Wahn lehnen wir jedoch ab. Viele Plätze und Straßen tragen Namen problematischer Persönlichkeiten. Rosa Luxemburg z.B. war eine erbitterte Feindin der parlamentarischen Demokratie. Sie bekämpfte selbst die SPD, nannte sie „eine Rotte von Volksverrättern“ und wollte den sowjetischen Bolschewismus für Deutschland. Ein anderes heikles Beispiel: Theodor Heuss – er war kein Nationalsozialist, stimmte jedoch als junger Abgeordneter 1933 für das Ermächtigungsgesetz Hitlers, was er später bereute. Soll der nach ihm benannte Platz seinen Namen verlieren? ~ MS



Foto: Michael Seiffert

Wer wir sind – wofür wir stehen

Die AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung



Dr. Michael Seyfert

FRAKTIONSVORSITZENDER

Integration, Weiterbildung und Kultur, Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, Liegenschaften und Grünflächen



Jan von Ertzdorff-Kupffer

Jugendhilfe, Schule, Geschäftsordnung, Verkehr und Tiefbau



Markus Bolsch

KO-FRAKTIONSVORSITZENDER

Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung, Informationstechnologie und Gender Mainstreaming, Rechnungsprüfung, Stadtentwicklung



Michael Kosubek

Soziales, Gesundheit und Arbeit, Bürgerdienste, Wirtschafts- und Ordnungsangelegenheiten



Thorsten Dehne

Eingaben und Beschwerden, Sport

**Wir setzen uns für Sie ein –
Wir sind für Sie da!**

Die AfD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf benennt als einzige Fraktion die wirklichen Probleme unseres Bezirks. Wir nehmen kein Blatt vor den Mund bei Themen, welche die Altparteien nicht ansprechen wollen.

Wir setzen uns ein für die Belange der Bürger unseres Bezirks, kümmern uns um ihre Sorgen, Nöte und Wünsche. Wir stellen dem Bezirksamt unbequeme Fragen. Politischer Korrektheit beugen wir uns nicht. Wir prangern die Folgen der illegalen Masseneinwanderung im Bezirk an – bei der Sicherheit, bei den Finanzen, beim Wohnraum, bei der Benachteiligung deutscher Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Wir sagen JA! zum Ausbau von Radwegen und zum Fußgängerschutz. Wir sagen NEIN! zur Gängelung von Autofahrern.

Wir fordern, daß Bezirksamt und BVV sich auch gegen Linksextremismus und Salafismus engagieren, nicht nur gegen Rechtsextremismus. Dies verweigern die Altparteien und das Bezirksamt.

Die Altparteien vereiteln unsere Initiativen mit allen Mitteln und lehnen Anträge der AfD-Fraktion aus ideologischen Gründen kategorisch ab – zum Schaden der Menschen in unserem Bezirk.

HIER EINIGE BEISPIELE**ABGELEHNT AFD - ANTRÄGE:**

- *Altersfeststellung von angeblich Minderjährigen Unbegleiteten „Flüchtlingen“*
- *Genaue Bedarfsanalysen vor dem Bau neuer „Flüchtlings“-Unterkünfte*
- *Einrichtung einer Dokumentationsstelle für antisemitische Vorfälle im Bezirk und Benennung der Täterherkunft*
- *Saubere Spielplätze*
- *Erst Verkehrszählung, dann Verkehrsplanung*
- *Moscheevereine zu ihrer Verfassungstreue befragen*
- *Bezirklicher Sehbehindertentag*
- *Keine gendergerechte Sprachveranstaltung in Veröffentlichungen des Bezirksamts*
- *Verbesserung bei der Reinigung unserer Schulen*
- *Sperrmüll kostenlos abholen*
- *Sport im öffentlichen Raum fördern*
- *Informationstag über die weltweite Verfolgung von Christen*

Wir lassen uns nicht beirren! Wir setzen auf gesunden Menschenverstand und lehnen linksgrüne ideologisch bedingte Verbote und die Gängelung der Bürger ab.

Wir stehen für konstruktive Mitarbeit, wo es möglich ist - aber auch für hartnäckige Opposition, wo es nötig ist.

Vergewaltigt das Bezirksamt unsere Sprache?

Sprache als Spielball politischer Interessen



Foto: adobe.stock.com, Andrii Zastrozhnov

Dieses Thema brachte die AfD-Fraktion in die BVV. Es ging um die „gendergerechte“ Sprache in Briefen, Mitteilungen und Pressemeldungen des Bezirksamts.

Die Debatte darüber wurde hitzig geführt. Rot-Grün will seine abstruse Genderideologie auch sprachlich umgesetzt sehen und in der Gesellschaft festschreiben. Über 80% der Deutschen lehnen die verkorkste Schreibweise mit Gendersternchen, Unterstrichen und verbotenen Wendungen wie *Kursleitende* und *Radfahrende* ab. Nicht selten kommt es dabei zu bizarren, lebensfremden Konstrukten, z.B. *Justizhauptwachtmeister*innenanwärter*innen*.

Das Bezirksamt darf nicht zum Mittäter bei der Vergewaltigung der Sprache werden.

Sprache ist ein Kulturgut und Spiegel unserer Seele. Mit ihrer ruinösen Sprachlenkung greifen sozialistische Steuerungsideologen unsere Identität an. CDU und FDP wehren sich nicht.

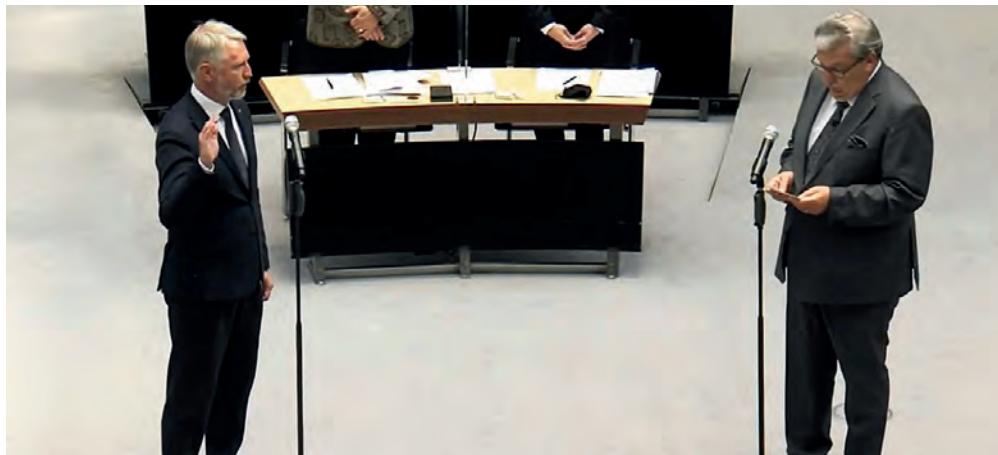
Die AfD-Fraktion fordert: Das Bezirksamt darf im Interesse der Mehrheit der Bürger nicht zum Mittäter bei der sektiererischen Vergewaltigung der Sprache werden.

Wir wehren uns dagegen, daß auch in unserem Bezirk die Sprache als Spielball linksgrüner politischer Interessen mißbraucht wird. Kein behördlicher Sprachterror! ~ ms



Scheitern mit Ansage

Generationenwechsel bei DIE LINKE im Preußischen Landtag



Mit sicherem Mindestabstand: Die Vereidigung des neuen Senators für Stadtentwicklung und Wohnen Sebastian Scheel (Linke) durch den Parlamentspräsidenten Ralf Wieland (SPD), rechts im Bild.

Der Rücktritt der Bausenatorin Lompscher markiert einen Generationenwechsel bei DIE LINKE im Preußischen Landtag. Alt-Kommunisten wie Kathrin Lompscher und Harald Wolf Platz machen Platz für die „Jungen Wilden“ um Anne Helm und Carsten Schatz. Die Politik der Nachfolgeorganisation der SED wird radikaler.

Nach über 3 1/2 Jahren verfehlter Wohnungsbaupolitik, bei der von Beginn an mit der Ernennung des ehemaligen Stasi-Mitarbeiters André Holm als Staatssekretär für Wohnungsbau der „Wurm drin“ war, ist Kathrin Lompscher als Bausenatorin zurückgetreten. Jetzt wurde als ihr Nachfolger der bisherige Staatssekretär Sebastian Scheel als neuer Bausenator vereidigt.

Lompscher gab zu, „versehentlich“ einen Betrag von rund 6.000 Euro, der nach dem Senatorengesetz an die Staatskasse abzuführen gewesen war, nicht abgeführt zu haben. Hinzu kamen 6.135,50 Euro, die Lompscher jährlich aus Gremientätigkeiten vereinnahmen durfte, die ebenfalls nicht ordnungsgemäß versteuert worden sind.

Die Jungen in der Linkspartei wollen den revolutionären Umbruch.

Das ist ein klarer Rücktrittgrund: 14.000€ Senatorengehalt sollten doch genügen. Aufgedeckt hat den Gesetzesverstoß übrigens die AfD, durch beharrliche parlamentarische Kontrolltätigkeit der Abgeordneten Dr. Kristin Brinker, die akribisch für jedes einzelne Senatsmitglied Nebeneinkünfte und Pflichtabführungen an die Staatskasse überprüfte. Ohne die AfD wäre diese Senatorin weiter im Amt. Lompscher war allerdings auch ohne die Finanzaffäre seit Monaten rücktrittsreif.

Spürbar verwaltete sie ihr Amt in den letzten Monaten lustlos und amtsmüde, mager waren



Dr. Kristin Brinker, die Haushalt- und Finanzpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, hat durch gezielte Anfragen den erforderlichen Rücktritt der Senatorin Lompscher durchgesetzt.

ihre Erfolge in der Wohnungsbaupolitik, die eigentlich als Nicht-Wohnungsbaupolitik bezeichnet werden müsste.

Während die SPD Erfolge einforderte, setzten eigene Parteigenossen von der „Interventionistischen Linken“ auf Eskalation der wohnungspolitischen Lage, um auf „böse Investoren“ und „böse Kapitalisten“ schimpfen zu können. Das Ziel war es, radikalere sozialistische Aktionen durchzudrücken: Hausbesetzungen, Krawall und Eskalation, schließlich Enteignung. Diesen Weg konnte Frau Lompscher nicht bis in die letzte Konsequenz mitgehen. Zusätzlich erweist sich der Mietendeckel juristisch als kolossaler Fehlgriff und wird zum Bumerang für den gesamten Senat. Als Vorbild für Lompschers Rücktritt dient das Manöver von Gregor Gysi

im Jahr 2002, der die Bonusmeilen-Affäre zum Anlass genommen hatte, um sich aus der Verantwortung als Wirtschaftssenator zu stehlen.

In der Linkspartei ist die Verjüngung an der Fraktionsspitze zu „revolutionäreren“ Personen wie Anne Helm oder Carsten Schatz, quasi die „jungen Wilden“ der Linken, erfolgt. Alte Genossen, die in die SED eingetreten sind um „bessere sozialistische Realpolitik“, also eine bessere DDR zu schaffen, geraten unter Druck. Sie sind keine Revolutionäre mehr, sondern konservative Sozialisten alter Schule, die in ideologischen Schemata denken. Danach sollte die Staatswirtschaft es richten, nach planwirtschaftlichen Prinzipien.

Diesen „gähnend langweiligen“ Plan-Sozialismus wollen aber die Jungen in der Linkspartei nicht. Sie befeuern den revolutionären Umbruch, provokative Aktionen wie am 13. Februar 2014 durch Anne „Thanks-Bomber-Harris“ Helm in Dresden, Bilderstürmerei, radikale Umgestaltung des Staates und die Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft.

Das Scheitern mit Ansage wird bei DIE LINKE zu einem allumfassenden Programm zur Zersetzung bestehender Strukturen.

So ist der Rücktritt Lompschers auch Teil des Rückzugs einer älteren Generation in der Berliner Linkspartei, der mit dem Wegzug von Abgeordneten wie Wolfgang Brauer oder Harald Wolf sowie dem Wechsel an der Fraktionsspitze begann. Ins Bild dieser Verjüngung passt auch der 44-jährige Bausenator Scheel, der von sich einräumt, ein „linker Punkt“ geblieben zu sein.

WIE GEHT ES WEITER?

Das Scheitern mit Ansage wird bei DIE LINKE zu einem allumfassenden Programm zur Zersetzung bestehender Strukturen. Mit im Boot der Koalition sind die SPD und Die Grünen.

Im Herbst 2021 entscheidet der Wähler, ob er diese weiter nach links kippende Wohnungsbaupolitik weitere 5 Jahre verlängern will, oder ob er mit einer Stärkung der AfD und damit der Stärkung von Vernunft, Realitätsbewusstsein und Rechtstaatlichkeit endlich eine problemorientierte Wohnungspolitik ermöglicht.

Unser wohnungspolitisches Programm basiert nicht auf Revolution, Repression, Enteignung oder Dirigismus. Die AfD will deutlich preisgünstiges Bauen, Eigentumsbildung für breite Kreise der Bevölkerung, gestärkte Wohnungsgenossenschaften und ausreichend preiswerten Mietwohnungsbau. Die AfD ist Erfolg mit Ansage. ~ ULRICH ZEDLER



Das Leid der Anderen stört

Über Despektierlichkeiten des politischen Berlins bei der Würdigung seiner Toten

Auf den Stufen zur Gedächtniskirche werden regelmäßig frische Blumen für die Opfer des Terroranschlags vom 19. Dezember 2016 niedergelegt. Ohne diese Geste würde kaum jemand auf die dort eingeritzten 12 Namen aufmerksam werden.

Als Anis Amri am 19. Dezember 2016 mit einem schweren LKW in den Berliner Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz raste, um möglichst viele Menschen wahllos zu töten, konnte niemand ahnen, dass ihr Tod zwei verschiedene Gesichter haben wird. Dem brutal herbeigeführten Lebensende folgte das schnelle Vergessen der zwölf Opfer, ein Martyrium der Missachtung. Es ist der zweite Tod, den die zwölf Familien bis zum heutigen Tag ertragen müssen, ganz so, als hätte es diese Bluttat niemals gegeben. Das Wegschauen vor dem Leid anderer ist in Berlin zur Staatsräson geworden..

Das Andenken an diese Toten wird in der Öffentlichkeit kaum gewürdigt. Es geht nicht um die intensive mediale Berichterstattung über den psychopathisch gesteuerten Terroranschlag eines vollziehbar Ausreisepflichtigen aus Tunesien. Seine Tat wurde in allen Einzelheiten global auf allen Kanälen ausgebreitet. Es geht um die fehlende Respektsbekundung seitens der deutschen Öffentlichkeit. Selbst die Geistlichkeit pflegt einen so sterilen Umgang mit den Opfern dieses Anschlags, als seien diese nur lästig und hielten den Klerus vom Tagesgeschäft ab. Der Apostel Paulus nennt den Tod in einem Brief an die Korinther den "letzten Feind", aber nicht die letzte Leugnung.

In Berlin können Sie auf den Stufen zu einer christlichen Kirche auf den Namen derjenigen herumtreten, die von einem islamistischen Gefährder hingerichtet worden sind.

ZEICHEN DER VERACHTUNG

Ganz so aber verhalten sich Staat und Kirche. Es gibt keine offizielle Gedenktafel an der Stelle des Attentats. Nur in die Stufen zur Gedächtniskirche sind schamhaft und kaum erkennbar die Namen und die Herkunftsänder der Toten eingeritzt. Wären nicht die frischen Blumen

und die Kerzen, die regelmäßig auf den Stufen abgelegt werden, so würde sehr bald kaum noch jemand auf die Namen der Toten und das komplette Staatsversagen aufmerksam werden, das es einem polizeibekannten Terroristen mit 14 Identitäten ermöglicht hat, seinen Anschlag durchzuführen.

In der arabischen Welt ist es ein Zeichen größter Verachtung, wenn mit Schuhen auf etwas herumgetrampelt oder mit ihnen Menschen attackiert werden. Wir erinnern uns: In Bagdad wurde der amerikanische Präsident George W. Bush mit einem Schuh beworfen. In Berlin können Sie auf den Stufen zu einer christlichen Kirche auf die Namen derjenigen herumtreten, die von einem islamistischen Gefährder hingerichtet worden sind. Die Demütigung der Opfer ist post-mortem.

FEHLENDE GEDENKKULTUR

Es geht um die Toten, ihre Angehörigen und um ihre Trauer. Es geht um unsere Gedenkkultur, soweit man davon sprechen kann. Es gehört zum Selbstverständnis fast eines jeden Landes, sich der Ahnen und seiner Toten zu erinnern. Mit einer Gedenkfeier und einer politischen Präsenz, wie es Polen vorgemacht hat: Das erste Opfer von Anis Amri war ein polnischer Lastwagenfahrer, der erschossen wurde, um an den schweren Sattelzug zu gelangen. Unter großer Anteilnahme wurde Lukasz Urban im Beisein von Staatspräsident Duda, 300 Trau-

ergästen und in einem Geleit von 120 LKW- und Busfahrern auf einem kommunalen Friedhof in der Nähe von Stettin beigesetzt. Kein Repräsentant aus Deutschland war dabei. Es war auch keiner eingeladen.

„Wir sind der Auffassung, dass Sie Ihrem Amt nicht gerecht werden.“

OFFENER BRIEF DER ANGEHÖRIGEN DER TOTEN UND VERLETZTEN VOM BREITScheidPLATZ AN BUNDESKANZLERIN MERKEL

In Berlin wird hingegen die gemeinschaftliche Trauer tabuisiert, die Toten bekommen damit kein Gesicht. Es gab keinen Staatsakt, um der Opfer zu gedenken, und selbst der Trauergottesdienst fand ohne die Angehörigen statt. In ihrem offenen Brief an Bundeskanz-



Gegen die kalte Statistik: Durch dieses Geister-Fahrrad wird an eine 64-jährige Radfahrerin erinnert, die am Luisenplatz tödlich verunglückte. Die Initiative der weißen Fahrräder ist privat und wird vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club ADFC unterstützt.

lerin Merkel, der ein Jahr nach dem Terroranschlag geschrieben und veröffentlicht wurde, bekunden die Angehörigen der Toten und Verletzten ihren großen Zorn über die offenkundige Respektlosigkeit seitens der Berliner Regierung und insbesondere des Kanzleramtes.

Ihr zentrales Argument: „In Bezug auf den Umgang mit uns Hinterbliebenen müssen wir zur Kenntnis nehmen, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie uns auch fast ein Jahr nach dem Anschlag weder persönlich noch schriftlich kondoliert haben. Wir sind der Auffassung, dass Sie damit Ihrem Amt nicht gerecht werden.“



OPPORTUNISMUS ALS STAATSRÄSON

Das Ausland ist fassungslos. Waren die Opfer dem politischen Berlin nicht wichtig genug für das Beileid der Kanzlerin? Zu unbedeutend, um namentlich genannt zu werden? Wie schnell zeigt sich die Regierung in Empörung, wenn im Ausland Verbrechen begangen werden. Wäre der vergiftete russische Oppositionspolitiker Nawalny auch so schnell auf Geheiß der Kanzlerin in die Berliner Charité eingeliefert worden, hieße er mit Nachnamen Müller und käme aus Hessen? Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Kanzleramt seine offizielle Teilnahme mit Bedacht auswählt. Die Berliner Republik zeigt viel Opportunismus und sehr wenig Würde in ihrer Staatsräson.

Offenbar waren die Opfer dem politischen Berlin nicht wichtig genug für das Beileid der Kanzlerin, dennoch zeigt sich die Regierung in Empörung, wenn im Ausland Verbrechen begangen werden.

Wo liegen die Wurzeln dieses Verhaltens? Ist es kalte Abgeklärtheit, reine Willkür oder taktisches Kalkül? Mangelndes Gespür kann es nicht sein, denn zu fein sind die Antennen des Kanzleramtes: Jede Welle öffentlicher Seismik wird erspürt und populistisch verwertet.



Für ein paar Euromünzen und ein Handy wurde eine Kunsthistorikerin im Tiergarten getötet. Der Staat hat sich zurückgezogen. Der Ehemann der Toten gedenkt mit einem Hinweisschild des heimtückischen Mordes an seiner Frau.

Liegt der pietätlose Umgang mit unseren Toten etwa in der DNA der Bundesrepublik begründet? Ist es Scham aufgrund der NS-Zeit, die offizielle

Ordnungsämter sollen ab sofort Hygiene-Regeln überwachen und dafür seltener Autofahrer jagen

Corona-Kontrollen statt Park-Knöllchen

Die Jagd auf Corona-Sünder ist viel lukrativer für die Staatskasse als die Abstrafung kleiner Parksünder. Wer gegen das Versammlungsverbot oder Ausgangsbeschränkungen verstößt, dem drohen Geldstrafen von bis zu 25.000€.

Trauer zwischen 1933 und 1945 strafbewehrt reglementierte? Verstecken wir uns seither vor dem Thema Tod?

Das kann und darf uns nicht gelingen. Wegschauen darf niemand, nicht bei den Terroranschlägen in unserem Land und auch nicht bei den in internationalen Einsätzen der Bundeswehr gefallenen deutschen Soldaten. Was ist mit den 12 Toten der deutschen Touristengruppe in Istanbul, die im Januar 2016 Opfer eines Selbstmordattentäters geworden sind? Diskret verschwunden und zu einem Wikipedia Eintrag reduziert. Die lange Liste des deutschen Beschweigens ließe sich fast beliebig fortsetzen.

Im Umgang mit den Toten erkennen wir den Geisteszustand einer Gesellschaft.

Im Umgang mit den Toten erkennen wir den Geisteszustand einer Gesellschaft. Der sollte sich dringend bessern. Wenn uns das öffentliche Trauern aberzogen und ins Private delegiert wurde, dann sollten wir eine Umkehr wagen. Für unser aller Würde, denn: "Unter jedem Grabstein liegt eine Weltgeschichte", erinnert Heinrich Heine.

Es ist unsere Weltgeschichte und ihr Leid ist unser Leid.

~ HUGH BRONSON

JUSTIZIA IM CORONA-STAU

Die Maßnahmen der Regierung in der Coronakrise haben das öffentliche Leben in vielen Bereichen stillstehen lassen. Eine Vielzahl von Grundrechten wurden von der Regierung im Namen des Infektionsschutzes außer Kraft gesetzt. Wie steht es eigentlich um eine fundamentale Säule unserer Demokratie: den Rechtsstaat?

Das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz ist im Grundgesetz verankert (Art. 19 IV). Es verbürgt das Recht auf Anrufung staatlicher Gerichte, aber der Berliner Justizbetrieb ist beinahe zum Erliegen gekommen. Der Grüne Justizsenator hat nichts dagegen, dass nur noch 50% der Belegschaft in Dienstgebäuden tätig ist. Am Kammergericht kann die Arbeit der Zivil-, Familien- und Strafsemente nur mühsam aufrechterhalten werden.

DER ROT-ROT-GRÜNE SENAT MIT ABER-WITZIGEN VORSCHLÄGEN

Als Rechtsanwalt musste ich selber diese Einschränkungen erfahren. In einer Eilsache im Presserecht teilte mir vor kurzem der Vorsitzende Richter während einer Verhandlung mit, dass es in Zukunft bei Eilanträgen statt weniger Tage bis zu einem Monat oder länger dauern würde. Derzeit stauen sich die Verfahren bei den Gerichten bis unter die Decke. Ein Zustand, der schon länger herrscht und durch die Coronakrise noch verschlimmert wurde. Vom Senat kommen aberwitzige Vorschläge. Man solle doch Schulen für Gerichtsverhandlungen nutzen, gar Theatersäle – das hatten schon die Nationalsozialisten gerne getan. Unser Grundgesetz kennt die Einschränkungen des Rechtsstaates nicht. In der Zivilprozessordnung ist ein Stillstand nur infolge eines Krieges möglich – von kriegsähnlichen Zuständen sind wir zum Glück jedoch sehr weit entfernt.

DIE RECHTSPFLEGE WIRD AUF EIS GELEGT

Die Bundesregierung hat am 27. März 2020 ein Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Corona-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht verabschiedet. Bekanntestes Beispiel: die Möglichkeit der Aussetzungen von Kündigungen wegen nicht bezahlter Miete. Im Grunde wird hier die Rechtspflege vorübergehend auf Eis gelegt. Dürfen im Namen des Gesundheitsschutzes Grundrechte, darf der Rechtsstaat suspendiert werden? Wohl kaum! Die Gerichte sind keine Friseursalons, die man mal soeben lahmlegt. Und besonders pikant: Wer die Gerichte gegen diese staatlichen Verzögerungsmaßnahmen anzurufen versucht, der muss mit erheblicher Verzögerung rechnen, bis er Gehör findet.

~ MARC VALLENDAR

**Wir verändern dieses Land.
Und du?**

**JUNGE ALTERNATIVE
DEUTSCHLAND**

Foto und Antithet: Martin Kohler

Jeder kennt es. Man öffnet Instagram oder schaut eine neue zeitgeistige Netflix-Serie und kommt sich vor wie in einem falschen Film. Alles schimpfen auf die AfD, führen eine Regenbogenfahne im Profilbild und posten #BlackLivesMatter. Da kommt man ins Grübeln: Bin ich der einzige, den dieser bunte Einheitsbrei zunehmend nervt? - Nein, Du bist nicht allein!

Wir, die Junge Alternative Berlin, sind Deine neue politische Heimat. Mit uns erlebst Du Gemeinschaft. Wir gehen zusammen Wandern, machen Partys, veranstalten Vortragsabende und treffen andere Patrioten in ganz Deutschland und Europa. In der Jungen

Alternative wirst Du nicht einfach nur Kollegen finden, sondern neue Freunde. Diskutiere mit einem Bundestagsabgeordneten über das, was sich Deiner Meinung nach ändern muss oder bewirb Dich für ein Praktikum im Berliner Abgeordnetenhaus. Du bekommst bei uns die Möglichkeit, am Kurs der größten Oppositionspartei Deutschland selbst mitzuarbeiten und vom linken Mainstream abweichende Einblicke in das politische System in Deutschland zu erhalten.

Wenn Du zwischen 14 und 35 Jahren alt bist und nicht mehr nur unzufrieden auf dem Sofa liegen willst, dann schließe Dich uns an. Werde Teil einer patriotischen Gegenkultur und verändere dieses Land!

Schreib uns an: Wir beantworten gern Deine Fragen und laden Dich zu unserer nächsten Veranstaltung ein.

@junge_alternative_berlin

@JungeAlternativeBerlin

berlin@jungealternative.com



AfD
BEZIRKSVERBAND
CHARLottenburg-Wilmersdorf

Kontakt

AfD Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Bezirkssprecher:

Dr. Hugh Bronson

E-Mail: kontakt@afd-charlottenburg-wilmersdorf.online

Telefon: 030-2205696/21

Telefon: 030-2205696/22

Website: <https://www.afd-charlottenburg-wilmersdorf.online/>



Unterstützen Sie uns!

Wirken Sie mit am dringend erforderlichen Politikwechsel, indem Sie uns mit einer Spende unterstützen.

SPENDENKONTO:

AfD - Berlin
Charlottenburg-Wilmersdorf
Berliner Sparkasse
DE66 1005 0000 0190 6342 27

Wollen Sie für unsere Zeitung spenden, dann schreiben Sie bitte als **Verwendungszweck „Blauer Bote“**. Wenn Sie zu Beginn des nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung erhalten möchten, um die Spende beim Finanzamt absetzen zu können, dann geben Sie bitte Ihre genaue Adresse an.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER AfD Charlottenburg-Wilmersdorf,
Kurfürstenstr. 79, 10787 Berlin VERANTWORTLICH
IM SINNE DES PRESSERECHTS Dr. Hugh Bronson E-MAIL
kontakt@afd-charlottenburg-wilmersdorf.online



BLAUER BOTE